

Der Wunsch nach Sicherheit als politische Verlockung



CHRISTIAN P. HOFFMANN * • Februar 2022

Zusammenfassung

- Negatives hat einen grossen Einfluss auf unsere Wahrnehmung und unsere Entscheidungen. Angst und das Versprechen von Sicherheit sind ein zentrales Motiv politischer Debatten, keineswegs nur in Krisen. Mit Ausnahme des Anarchismus suchen alle politischen Bewegungen Schutz vor ihren Ängsten bei der Macht des Staates – auch der klassische Liberalismus, dessen Begeisterung für den Rechtsstaat dem Wunsch nach Schutz vor willkürlichem Unrecht entspringt.
- Ein Mangel an Aktivität kann das Ansehen politischer Entscheidungsträger schnell und nachhaltig beschädigen. Das Ergreifen selbst einer unwirksamen oder gar kontraproduktiven Aktivität wird dagegen mit hoher Wahrscheinlichkeit weniger schädliche politische Wirkungen für die Entscheidungsträger nach sich ziehen, weil die Bewertung der gewählten Aktivität in den Kontroversen der politischen Debatte stets streitbar bleiben wird. Es gibt also einen Hang zur politischen Handlung.
- Die Macht des Negativen in Verbindung mit dem Hang zur Handlung führt in einem System staatlich organisierter Gesellschaften, zumal demokratischer Staaten, mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit dazu, dass die Bürger nicht nur allzu häufig sorgenvoll auf Bedrohungen blicken, sondern von der Politik die Abwendung dieser Bedrohungen erwarten.
- Das bedeutet jedoch nicht, dass der Wunsch nach Sicherheit unvermeidlich die Freiheit sterben lässt. Der Mensch maximiert sein Glück nicht, indem er jede Autonomie abgibt und sich, restlos entmündigt, umhegen und umpflegen lässt. Denn der Macht des Negativen steht das Glück der Freiheit entgegen. Und im Spannungsverhältnis zwischen diesen Kräften nimmt der Hang zur Handlung eine durchaus ambivalente Rolle ein. Er kann dazu verleiten, nach immer mehr staatlicher Intervention zu rufen. Doch ebenso kann er sich in einem Ausbruch aus staatlicher Gängelung äussern, im Abschütteln von Ketten, im Ruf nach Entscheidungsfreiheit und Autonomie.

* Der Autor ist Professor für Kommunikationsmanagement und politische Kommunikation an der Universität Leipzig sowie Dozent an der Universität St. Gallen und der Hochschule für Wirtschaft Zürich.

5 40 Milliarden, 750 Milliarden, 1,9 Billionen – wenn es um den Umfang von Hilfs- und Rettungspaketen während der Corona-Pandemie geht, sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt. Und ebenso offenbar den öffentlichen Haushalten nicht. Die gewaltigen Finanzversprechen sind verbunden mit einer politischen Botschaft: Auch wenn vorübergehend ganze Wirtschaftszweige stillgelegt werden, sollen weder Unternehmen noch Arbeitnehmer Ausfälle erleiden. Vater Staat füllt die drohende finanzielle Lücke. Dieses Leistungsversprechen ist bemerkenswert, denn es grenzt an einen Allmachtsanspruch. In Zeiten der Tiefst- und Negativzinsen sind die finanziellen Spielräume der Politik so unbegrenzt, dass die Wertschöpfung des Marktes zeitweise schlicht durch öffentliche Ausgaben substituiert werden kann.

Wenngleich die Zufriedenheit der Bürger mit der Corona-Politik ihrer jeweiligen Regierungen international und auch im Zeitverlauf durchaus variierte¹, bietet die Pandemie viel Anschauungsmaterial für den so genannten «Rally‘round the flag»-Effekt. Demnach steigt in Zeiten von Krisen, wie etwa während kriegerischer Konflikte, die öffentliche Zustimmung zur aktuellen Regierung in der Regel an. Während solcher Krisen verbreitet sich Verunsicherung in der Bevölkerung, die Bürger rücken zusammen, suchen Schutz im Kollektiv, und Regierungsvertreter erhalten die Chance, sich in paternalistischer Pose als dessen Anführer (und Beschützer) zu inszenieren. Auch darum gilt in der Politik die Weisheit, man solle nie eine Krise ungenutzt verstreichen lassen: Der Zustimmungsbonus während der Krise ermöglicht der Regierung auch solche Massnahmen zu verabschieden, die in ruhigeren Zeiten viel Widerstand provoziert hätten.

Angst und das Versprechen von Sicherheit sind ein zentrales Motiv politischer Debatten, keineswegs nur in Krisen. Keine politische Bewegung kommt ohne Angst-motive in ihrem identitätsstiftenden Narrativ aus: Die Linke schürt Angst vor dem kapitalistischen Ausbeuter, die Grünen vor dem Kollaps der natürlichen Ordnung, der Konservatismus vor Gewalt und Unordnung, und der Liberalismus vor der Freiheitsberaubung. Mit Ausnahme des Anarchismus suchen alle politischen Bewegungen Schutz vor ihren Ängsten bei der Macht des Staates – auch der klassische Liberalismus, dessen Begeisterung für den Rechtsstaat dem Wunsch nach Schutz vor willkürlichem Unrecht entspringt.

Nicht zu Unrecht kann daher Thomas Hobbes als Vordenker der modernen politischen Philosophie betrachtet werden. Sein Bild des staatlichen Leviathans, der den Willen der Bürger verkörpert und darum den Anspruch auf das ordnungsstiftende Gewaltmonopol erheben kann, findet sich – wenngleich ursprünglich primär absolutistisch interpretiert – heute in allen massgeblichen politischen Bewegungen des Westens wieder. Hobbes' Argumentation entsprang dem Schrecken angesichts der Verwüstungen eines Bürgerkriegs, also einer tiefgreifenden Krise. Selbst ein mit vielen Schwächen versehener Herrscher erschien dem Autor vor diesem Hintergrund unzweifelhaft den Gefahren der Unordnung überlegen.

¹ Chen, C. W., Lee, S., Dong, M. C., & Taniguchi, M. (2021). What factors drive the satisfaction of citizens with governments' responses to COVID-19? *International Journal of Infectious Diseases*, 102, 327-331.

Die Hinwendung zu staatlicher Macht im Angesicht einer Bedrohung kann also als ein universales Prinzip der Politik betrachtet werden. Kritisch diskutiert wird es vor allem in Fällen, in denen dieses Prinzip (tatsächlich oder vermeintlich) missbraucht wird. Evident ist dies in Fällen autoritärer und totalitärer Regime, die ihre Macht ungefesselt durch einen Rechtsstaat ausüben, meist begründet durch eine existenzbedrohende innere oder äussere Gefahr – seien es der Imperialismus, der Kapitalismus, religiöse oder ethnische Feindbilder. Die Populismuskritik beinhaltet ebenfalls häufig den Vorwurf, dass durch diesen Ängste «geschürt» würden. Der Rechts- wie auch der Linkspopulismus nimmt meist für sich in Anspruch, «das Volk» vor einer inneren oder äusseren Bedrohung zu schützen, welche die herrschende Elite nicht zu kontrollieren in der Lage oder gewillt sei.

Der vorliegende Beitrag argumentiert jedoch, wie beschrieben, dass es sich bei der Hinwendung zu staatlicher Macht angesichts einer Bedrohung um ein universales Prinzip handelt, also keine Aberration. Flapsig formuliert: «It's a feature, not a bug.» Totalitäre und autoritäre Regime illustrieren die Gefahren dieses Prinzips, populistische politische Entrepreneure zeigen die Schlüpfrigkeit seiner Instrumentalisierung. Doch das Prinzip ist allen nennenswerten politischen Bewegungen inhärent. Mehr Polizei auf der Strasse, mehr Umverteilung, mehr Umweltschutz – alle politischen Programme beinhalten das Versprechen, der Staat könne die Menschen vor Bedrohungen schützen, Chaos, Unordnung und Krisen abwehren.

Im Folgenden soll erörtert werden, wie die Universalität des beschriebenen Prinzips begründet werden kann. Dabei wird eine sozialpsychologische Perspektive eingenommen, die vor allem auf zwei empirischen Beobachtungen beruht: Der Macht des Negativen und dem Hang zur Handlung. Gemeinsam ermöglichen beide eine starke Erklärung für tief im Menschen verankerte Neigungen, die das universale Prinzip politischer Schutzversprechen befördern. Der Beitrag soll es jedoch nicht bei einer Erklärung bewenden lassen. Abschliessend wird daher argumentiert, welche Kräfte dem beschriebenen Prinzip entgegenstehen können – und warum auch starke protektionistische Verlockungen nicht unvermeidlich im totalen Freiheitsverlust enden müssen.

Die Macht des Negativen

In seinem packenden Werk des rationalen Optimismus namens *Factfulness* beschreibt der schwedische Mediziner Hans Rosling² ein Experiment, das er während seiner umfangreichen Vortragstätigkeiten durchzuführen pflegte. Er stellte seinem Publikum dreizehn Fragen zum Zustand der Welt, immer mit drei Antwortoptionen – jeweils mehr oder weniger optimistisch ausgeprägt, wobei meist die optimistische Antwort die zutreffende darstellte. Die Fragen adressierten Aspekte wie das weltweite Einkommen, Armut, Alphabetisierung, Lebenserwartung oder den Klimawandel. Rosling stellte fest, dass seine Zuhörer systematisch dazu tendierten, die Lage der Welt zu negativ einzuschätzen. Er illustriert dies mit einem fiktiven Affen, der im Publikum

² Rosling, H. (2018). *Factfulness – ten reasons we're wrong about the world*. Flatiron Books.

sässe und rein zufällig je eine der drei Antwortoptionen wählte. Dieser Affe sollte bei einem Drittel der Fragen die richtige Antwort wählen. Roslings menschliche Zuschauer schnitten deutlich schlechter ab – und nicht selten die höher Gebildeten besonders schlecht.

Warum dieser Mangel an «Factfulness», um es mit Roslings Begriff zu formulieren? Dummheit oder Ignoranz kann die Antwort nicht lauten, denn dann hätte das Publikum ja etwa vergleichbar mit dem fiktiven Affen abschliessen müssen. Nein, es muss eine systematische Verzerrung in der Einschätzung der Lage vorliegen. Ein naheliegender Erklärungsansatz ist die Misinformation. Anders als der Affe konsumieren die menschlichen Zuhörer journalistische Medien, aus denen sie vom Zustand der Welt lernen. Vielleicht präsentieren diese Medien ja systematisch ein zu pessimistisches Bild der Welt, und führen die Menschen so – ob gewollt oder nicht – in die Irre?

Die Antwort auf diese Frage lautet, wie so oft: Ja, aber. Spätestens seit den grundlegenden Studien von Galtung und Ruge³ wissen wir, dass Negativität ein wichtiger Nachrichtenwert ist. «Nachrichtenwerte» beschreiben, welche Eigenschaften dazu führen, dass eine Meldung im journalistischen Selektionsprozess besteht und ihren Weg in die Berichterstattung findet. Überraschung kann etwa so ein Nachrichtenwert sein, aber auch Kontinuität, also die anhaltende Berichterstattung über ein bekanntes Phänomen. Besonders häufig ihren Weg in die Berichterstattung finden Meldungen, die negativ konnotiert sind, also beispielsweise Unfälle, Unwetter, Entlassungen, Verbrechen. «If it bleeds, it leads», lautet die treffende Beschreibung im Englischen.

Die reine Feststellung, dass Negativität einen Nachrichtenwert darstellt, erklärt jedoch noch nicht, warum dies der Fall ist. Sind Journalisten etwa ein besonders pessimistischer Menschenschlag? Wahrscheinlicher ist eine medienökonomische Erklärung: Negative Meldungen verkaufen sich schlicht gut, sie sorgen für Aufmerksamkeit, hohe Leser- oder Zuschauerzahlen. Die Covid-19-Pandemie illustriert diesen Zusammenhang, führt sie doch zu einem regelrechten Zuschauer- oder Leser-Boom bei journalistischen Angeboten. Selbst wenn Journalisten also nur über Friede, Freude und Freundschaft berichten wollten, würden die Anreize der Publikumsaufmerksamkeit sie zu einer zunehmend negativ geprägten Berichterstattung verleiten. Die eigentlich relevantere Frage lautet daher: Wie kommt es, dass wir, also das Publikum, so versessen auf negative Meldungen sind? Warum die Nachfrage nach Katastrophenjournalismus?

Einen Erklärungsansatz bietet die Forschung des Psychologen Roy Baumeister. Baumeister ist, mit John Tierney, Co-Autor des Werkes *The Power of Bad* sowie Co-Autor der Studie *Bad is stronger than good*⁵. In beiden Werken wird eindrucksvoll

³ Galtung, J., & Ruge, M. H. (1965). The structure of foreign news: The presentation of the Congo, Cuba and Cyprus crises in four Norwegian newspapers. *Journal of Peace Research*, 2(1), 64-90.

⁴ Tierney, J., & Baumeister, R. F. (2019). *The power of bad. How the negativity effect rules us and how we can rule it.* Penguin.

⁵ Baumeister, R. F., Bratslavsky, E., Finkenauer, C., & Vohs, K. D. (2001). Bad is stronger than good. *Review of General Psychology*, 5(4), 323-370.

argumentiert, wie sehr die menschliche Kognition durch Negativität geprägt und verzerrt wird. So halten wir negative Ereignisse häufig für verbreiteter als sie sind. Wir schätzen die persönliche Bedrohung durch ein Ereignis grösser ein als sie ist. Wurden wir einmal Opfer eines negativen Ereignisses (wie beispielsweise eines Autounfalls), halten wir ein erneutes Eintreten für unangebracht wahrscheinlich. Negative Erfahrungen graben sich schneller und tiefer in unser Gedächtnis ein als positive. Und: Negative Informationen erhalten mehr Aufmerksamkeit und prägen unsere Wahrnehmung stärker als positive.

Baumeister begründet die Macht des Negativen evolutionspsychologisch: Menschen, die besonders sensibel auf Gefahren achteten und schneller oder besser aus negativen Erfahrungen lernten, gaben mit höherer Wahrscheinlichkeit ihre Gene weiter, als solche, die relativ unsensibel gegenüber Gefahren blieben. Anders formuliert: Menschen weisen mit höherer Wahrscheinlichkeit einen Fortpflanzungserfolg auf, wenn sie nicht das Opfer giftiger Nahrung oder eines Raubtiers wurden. Dieser Fortpflanzungsvorteil verankerte sich in Form eines kognitiven Biases, einer systematischen Verzerrung in unserer Wahrnehmung. Als Spezies neigen wir demnach dazu, Gefahren, Bedrohungen und Schäden mehr Aufmerksamkeit und mehr Sorgen zu widmen, als objektiv betrachtet rational wäre. Mit Hayek⁶ liesse sich sagen: es kommt zu einer Abweichung der physikalischen und der sensorischen Ordnung.

Die Macht des Negativen ist ein erster wichtiger Baustein in der Ergründung des eingangs beschriebenen universalen politischen Prinzips der Hinwendung zu staatlicher Macht im Angesicht einer Bedrohung. Sie erklärt, warum Ängste oder Sorgen ein so bedeutendes Element des politischen Diskurses sind, warum sie ein so erfolgreiches Mittel der politischen Werbung darstellen, und warum sie im Kern einer jeden politischen Ideologie schlummern: Weil wir Menschen darauf geeicht sind, sensibel auf Ängste und Sorgen zu reagieren, ihnen kognitive Kapazitäten zu widmen. Die Macht des Negativen alleine erklärt allerdings noch nicht, warum aus unserer Fixierung auf Ängste und Gefahren notwendigerweise eine Hinwendung zu staatlicher Macht resultiert.

Der Hang zur Handlung

Thomas Hobbes' Argumentation für die friedensstiftende Macht des Gewaltmonopolisten ist vor dem Hintergrund der Entstehungsgeschichte des Werkes besonders interessant. Denn natürlich liesse sich argumentieren, dass Hobbes aufgrund empirischer Evidenz sowie kritischer Würdigung der Datenlage zu seinen Schlussfolgerungen kam – das soll dem Autor keineswegs abgesprochen werden. Doch von Karl Weick⁷ wissen wir, dass wir häufig scheinbar rationale Argumente erst rückblickend entwickeln, um einen tatsächlich chaotischen und wenig rationalen Entscheidungsprozess a posteriori durch ein rationales Narrativ zu legitimieren. Aus dieser

⁶ Hayek, F. A. v. (2006). Die sensorische Ordnung. Eine Untersuchung der Grundlagen der theoretischen Psychologie. Mohr Siebeck.

⁷ Weick, K. E. (1995). Sensemaking in Organizations. Sage.

Perspektive bietet Hobbes weniger eine Begründung für die Hinwendung der Menschen zum Staat in Zeiten der Krise, sondern ein Beispiel dafür.

Jonathan Haidt⁸ unterbreitet für diese Dynamik das schöne Bild eines Reiters auf einem Elefanten. Der Elefant symbolisiert dabei «den Bauch», die menschliche Emotion und Intuition, der Reiter dagegen symbolisiert die Ratio. Haidt führt aus, dass wir Menschen uns gerne einbilden, der Reiter habe die Kontrolle inne. Denn andernfalls entstünde ein Gefühl der Verunsicherung, der Angst: Wer möchte schon gerne glauben, nicht Herr über die eigenen Gedanken, den eigenen Körper, das eigene Verhalten zu sein? Doch die Wahrheit ist: Eigentlich läuft in den meisten Fällen der Elefant wohin er will. Der kleine Reiter auf seinem Rücken mag strampeln und rufen und seine Peitsche schwingen, wirklich kontrollieren kann er den Elefanten eher selten.

Viele Erklärungsansätze der politischen Philosophie für die Hinwendung der Menschen zu einem Gewaltmonopol, wie etwa der Gesellschaftsvertrag oder das Marktversagen, können daher mit einer Prise psychologischer Zynismus' als schöne Erzählungen betrachtet werden, die uns das beruhigende Gefühl kollektiv rationaler Entscheidungen vermitteln. Vollständig befriedigend sind sie jedoch nicht. Die Universalität des Prinzipes spricht dafür, dass die beobachtete Dynamik tiefer im menschlichen Instinkt verankert ist.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, zu erörtern, warum sich Menschen weltweit in Staaten organisieren. Die Frage soll hier vielmehr sein: Warum blicken Menschen auf den Staat, wenn sie sich verunsichert oder bedroht fühlen? Eine These: Es ist das Zusammenspiel einer Reihe kognitiver Biases, die zu dieser Neigung beitragen. Im Mittelpunkt steht dabei der so genannte «bias for action», der Hang zur Handlung.

Eine jüngst veröffentlichte Studie, basierend auf einer Reihe von Experimenten⁹, kam zum Ergebnis, dass wir in Situationen der Unsicherheit, in welchen a priori nicht klar ist, ob eine Handlung oder das Unterlassen einer Handlung vorzugswürdig wäre, irrational häufig dazu neigen, zu handeln. In Reaktion auf eine Herausforderung wird also Inaktivität irrational häufig vermieden. In Anlehnung an die Forschung zur Macht des Negativen könnte dies auf die so genannte Kampf-oder-Flucht-Reaktion zurückgeführt werden. Angesichts einer (wahrgenommenen) Bedrohung mag es lange Zeit eine unterlegene Strategie gewesen sein, in Inaktivität zu verharren. Die erwähnte Studie¹⁰ kommt zum Schluss, dass dem Handeln auch irrational häufig ein vermutetes positives Ergebnis zugeschrieben wird, der Inaktivität eher ein negatives. Hinzu kommt aber: Dem Handeln wird auch eher eine Rationalität zugeschrieben, der Inaktivität eine Irrationalität – auch wenn dies irrational ist. Doch der Reiter bildet sich nun mal gerne ein, den Elefanten zu steuern.

⁸ Haidt, J. (2012). *The righteous mind – Why good people are divided by politics and religion*. Vintage Books.

⁹ Sunderrajan, A., & Albarracín, D. (2021). Are actions better than inactions? Positivity, outcome, and intentionality biases in judgments of action and inaction. *Journal of Experimental Social Psychology*, 94, 104105.

¹⁰ Ebd.

Der «bias for action» kann als ein wesentlicher Treiber demokratischer Politik betrachtet werden. Denn nach dem Narrativ der Demokratie delegiert das Volk Verantwortung an Träger kollektiver Entscheidungen, diese Beauftragten sind dem Volke verpflichtet. Ängstigt sich also das Volk, und wünscht es sich in der Folge instinktiv eine Handlung, so täten gewählte Volksvertreter sich schwer, diesem Wunsch nicht nachzukommen – selbst wenn sie wüssten, dass eine Inaktivität in der gegebenen Situation die überlegene Reaktion darstellen würde. Ähnlich wie die Medien dem negativitätsfixierten Publikum beängstigende Meldungen liefern, liefert die Politik dem handlungsfixierten Wähler Aktivität.

Neben dem Hang zur Handlung können diverse weitere Biases und Heuristiken dazu beitragen, dass im Falle öffentlich thematisierter Krisen oder Bedrohungen ausgerechnet der Staat zur Handlung aufgefordert wird. Als «agent detection» wird eine Neigung bezeichnet, Entwicklungen auf die Entscheidungen eines Akteurs zurückzuführen, selbst wenn es diese gar nicht gab. So wie es einen Wunsch nach Aktivität gibt, gibt es also auch einen Wunsch nach einem Akteur. Und Vater Staat ist naturgemäss der grösste und mächtigste Akteur in seinem Hoheitsgebiet. Journalistische Berichterstattung besteht zu einem erheblichen Teil aus Politikberichterstattung. Die Politik ist also auch ein besonders sichtbarer Akteur. Ein Akteur, der sich in der Vergangenheit immer wieder grosser Krise annahm. Damit greift eine Art Verfügbarkeitsheuristik: Auch in der nächsten Krise wird der Staat schnell mit der Krisenreaktion assoziiert. Tatsache ist auch, dass die Zahlung von Steuern und Abgaben eine Art Anspruchshaltung gegenüber dem Akteur Staat kognitiv verankert. Wozu finanzieren Steuerzahler einen Akteur, wenn dieser in Krisensituationen nicht handelt?

Der «bias for action» prägt auch den politischen Diskurs, also die mediale und kulturelle Interpretation der Politik. Als einer der schlechtesten Präsidenten der US-Geschichte gilt Politologen beispielsweise Calvin Coolidge. Warum? Weil dieser 1923-1929 amtierende Präsident notorisch für seinen zurückhaltenden Regierungsstil und seine häufige Weigerung war, Massnahmen zu ergreifen. Ähnlich verfehmt ist sein Nachfolger Hoover, dessen mangelnde Aktivität als eine Ursache der Weltwirtschaftskrise der 1920er Jahre betrachtet wird. Ein drittes Beispiel eines für seine Inaktivität berühmten Politikers ist der britische Premierminister Neville Chamberlain, der allzu lange einen Krieg mit dem Dritten Reich vermeiden wollte.

Kurzum: Ein Mangel an Aktivität kann das Ansehen politischer Entscheidungsträger schnell und nachhaltig beschädigen. Das Ergreifen selbst einer unwirksamen oder gar kontraproduktiven Aktivität wird dagegen mit hoher Wahrscheinlichkeit weniger schädliche politische (!) Wirkungen nach sich ziehen, weil die Bewertung der gewählten Aktivität in den Kontroversen der politische Debatte stets streitbar bleiben wird. So gilt Franklin D. Roosevelt, der Architekt des «New Deals», als einer der grössten Präsidenten der US-Geschichte, obgleich es gute Argumente dafür gibt anzunehmen, dass die Programme seiner Regierung die Weltwirtschaftskrise tatsächlich unnötig verlängerten und verschärften.¹¹ Aus Sicht des politischen Akteurs lautet daher

¹¹ Cole, H. L., & Ohanian, L. E. (2004). New Deal policies and the persistence of the Great Depression: A general equilibrium analysis. *Journal of Political Economy*, 112(4), 779-816.

die Lehre: In der Regel ist es schlau, in Krisensituationen schnell grosse – also sichtbare – Massnahmen zu ergreifen, selbst wenn deren Wirksamkeit unbekannt oder fraglich ist.

Das Glück der Freiheit

Zusammenfassend lässt sich also sozialpsychologisch begründen, warum die Hinwendung zu staatlicher Macht angesichts einer Bedrohung als ein universales politisches Prinzip betrachtet werden kann. Die Macht des Negativen in Verbindung mit dem Hang zur Handlung führt in einem System staatlich organisierter Gesellschaften, zumal demokratischer Staaten, mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit dazu, dass die Bürger nicht nur allzu häufig sorgenvoll auf Bedrohungen blicken, sondern von der Politik die Abwendung dieser Bedrohungen erwarten. Mit Ludwig von Mises¹² liesse sich angesichts dieser Dynamik ein Sperrklinkeneffekt befürchten, gar eine Interventionsspirale: Während in Krisenzeiten die Macht und Reichweite des Staates erweitert wird, sinken diese nach Überwindung der Krise kaum je auf Vorkrisenniveau zurück. Häufig zieht die Krisenreaktion zudem Folgeprobleme nach sich, die wiederum Wünsche nach politischen Reaktionen wecken.

Die beschriebene Dynamik gilt dabei keineswegs nur für evidente Grosskrisen, wie etwa einen Krieg oder eine Pandemie. Sie greift sehr viel häufiger, da es stets auch im Auge des Betrachters liegt, was als eine Bedrohung zu betrachten ist, die einer politischen Intervention bedarf. Beeinflusst wird dies zweifellos durch die politische Weltanschauung, aber auch durch mediales Agenda Setting. Die Gesellschaftskrise ist sozial konstruiert. Waldsterben, Migration, Ungleichheit, Klimawandel – nicht immer lassen sich Entwicklungen einwandfrei als krisenhafte Bedrohung identifizieren. Häufig handelt es sich bei der Definition einer Krise um eine normative Setzung.

Warum, liesse sich vor diesem Hintergrund fragen, ist dann der Totalitarismus nicht der unvermeidliche Endpunkt der Entwicklung demokratischer Gesellschaften? Warum hat sich die Schumpeter'sche¹³ Befürchtung einer Selbstzerstörung des Kapitalismus noch nicht bewahrheitet? Die möglichen Antworten auf diese Fragen sind vielfältig – und unterschiedlich optimistisch. Erneut soll hier vor allem ein sozialpsychologisches Argument erkundet werden, dass den zuvor genannten Impulsen Widerstand leistet. Es handelt sich dabei um das Glück der Freiheit.

Ein Kern dieses Arguments schlummert bereits im zuvor genannten Hang zur Handlung, genauer: im Haidt'schen Reiter auf dem Elefanten. Wie bereits argumentiert steckt in uns Menschen ein tief verankerter Hang, in Situationen reagieren, agieren, handeln zu wollen. Und dies nicht alleine im Sinne einer instinktiven Reaktion, sondern im Sinne einer Entscheidung. Handeln, im Unterschied zum Verhalten. Nicht umsonst macht Ludwig von Mises in seinem gleichnamigen Werk¹⁴ das menschliche Handeln zum Ausgangspunkt seiner Sozialphilosophie. Sicher, mit Weick kann die

¹² Mises, L. v. (2004). Die Bürokratie. Academia.

¹³ Schumpeter, P. (2008). Capitalism, Socialism, and Democracy (3. Aufl.). Harper Perennial.

¹⁴ Mises, L. v. (2012). Human Action: A Treatise on Economics. Martino Fine Books.

Rationalität des Handelns häufig als eine rückblickende Illusion entlarvt werden. Allzu oft ist der Elefant stärker als sein Reiter. Und doch verängstigt uns der Gedanke, Getriebener unserer Instinkte zu sein. Das Motiv des Schlafwandels übt auch darum eine so grosse Faszination aus, weil es ein unbewusstes, irrationales Verhalten symbolisiert – ein Zustand, der uns gruselt.

Basierend auf Hayek¹⁵ lässt sich feststellen, dass wir nicht nur häufig einer Anmassung von Wissen unterliegen, sondern gar einer Anmassung von Rationalität. Eine Anmassung jedoch, die wesentlich zu sein scheint für unser mentales Wohlbefinden. Eine Metaanalyse internationaler sozialpsychologischer Literatur kam vor wenigen Jahren zum Ergebnis: Wichtiger noch als Wohlstand ist für eine glückliche Gesellschaft die individuelle Autonomie.¹⁶ Etwas plump könnte man also die These aufstellen: Freiheit macht glücklich. Menschen umgekehrt in ihrer Autonomie einzuschränken, sie ihrer individuellen Freiheit zu berauben, ihnen die Möglichkeit zur Entscheidung und zum Handeln zu nehmen, macht sie unglücklich.

Wenngleich diese Zusammenhänge nicht restlos erkundet sind, scheint ein wichtiger Aspekt des aus der Freiheit resultierenden Glücks die Wahrnehmung der eigenen Entscheidungsautonomie zu sein. Eine unerkannte Einschränkung des Entscheidungsspielraums wäre demnach weniger schmerzhaft als eine sichtbare. Empirische Studien zeigen, dass Menschen sich Erfolge gerne selbst zurechnen, Misserfolge dagegen äusseren Umständen.¹⁷ Eine solche Attribution kann jedoch nur gelingen (und erfreuen), wenn von der Annahme individueller Autonomie ausgegangen wird. Ackermann¹⁸ spricht daher treffend von einem «Eros der Freiheit». Herr über das eigene Leben zu sein, und damit Erfolgsmomente für sich reklamieren zu können, ist ein wichtiger Treiber des menschlichen Glücks.

Mehr eine Fussnote zu dieser wesentlichen Erkenntnis ist ein weiterer interessanter Befund der Psychologie: Ein Treiber menschlicher Freude ist auch das Lernen.¹⁹ So wie wir gerne über Unerwartetes und Überraschendes lachen, so erzeugt auch der «Heureka»-Moment, das Empfinden einer neuen Erkenntnis, ein Glücksgefühl. Doch Lernen setzt ebenfalls Freiheit voraus. Menschen müssen die Freiheit haben, neue Erfahrungen zu machen und sie bewusst aufzusuchen. Sie brauchen Abwechslung und kognitive Stimulanz, um lernen zu können. Hayek²⁰ argumentiert bekanntlich auf einer Makro-Ebene, dass individuelle Freiheit eine notwendige Voraussetzung für gesellschaftliches Lernen darstellt. Doch auch auf der Mikro-Ebene ist individuelle Autonomie ein wichtiges Fundament des Lernens. Und dieses wiederum ein Treiber der Freude.

¹⁵ Hayek, F. A. v. (1989). The pretence of knowledge. *The American Economic Review*, 79(6), 3-7.

¹⁶ Fischer, R., & Boer, D. (2011). What is more important for national well-being: money or autonomy? A meta-analysis of well-being, burnout, and anxiety across 63 societies. *Journal of Personality and Social Psychology*, 101(1), 164.

¹⁷ Zuckerman, M. (1979). Attribution of success and failure revisited, or: The motivational bias is alive and well in attribution theory. *Journal of Personality*, 47(2), 245-287.

¹⁸ Ackermann, U. (2008). *Eros der Freiheit – Plädoyer für eine radikale Aufklärung*. Klett-Cotta.

¹⁹ Kringelbach, M. L., & Berridge, K. C. (2010). The neuroscience of happiness and pleasure. *Social Research*, 77(2), 659-678.

²⁰ Hayek, F. A. v. (1989). The pretence of knowledge. *The American Economic Review*, 79(6), 3-7.

Fazit

Die Überlegungen zum Glück der Freiheit zeigen: Der Mensch ist keineswegs nur ein angstgetriebenes Wesen, ein Gefahrenvermeider. Sicher, das ist er auch. Sogar zu einem ganz erheblichen Teil. Die Macht des Negativen ist gross und prägt unser individuelles und politisches Verhalten nachhaltig. Das bedeutet jedoch nicht, dass der Wunsch nach Sicherheit unvermeidlich die Freiheit sterben lässt. Der Mensch maximiert sein Glück nicht, indem er jede Autonomie abgibt und sich, restlos entmündigt, umhegen und umpflegen lässt. Denn der Macht des Negativen steht das Glück der Freiheit entgegen. Und im Spannungsverhältnis zwischen diesen Kräften nimmt der Hang zur Handlung eine durchaus ambivalente Rolle ein. Er kann dazu verleiten, nach immer mehr staatlicher Intervention zu rufen. Doch ebenso kann er sich in einem Ausbruch aus staatlicher Gängelung äussern, im Abschütteln von Ketten, im Ruf nach Entscheidungsfreiheit und Autonomie.

Sehr versöhnlich, vielleicht etwas zu versöhnlich, könnte man feststellen, dass in jedem Menschen sozialistische, konservative und liberale Impulse schlummern. Individuell sind diese Präferenzen sicher unterschiedlich ausgeprägt. Doch der liberale Impuls eines Wunsches nach Handlung, nach Autonomie, nach neuen Erfahrungen und Lernen, ist eben auch ein zutiefst menschlicher Impuls. Im politischen Wettbewerb ist es das Geschäft der Liberalen, die Sorge vor dem Freiheitsverlust, vor der Entmündigung zu schüren. Liberale Aktivisten setzen sich dafür ein, dass an den liberalen Impuls der Bürger appelliert wird, dass im öffentlichen Diskurs Aufmerksamkeit auf Gefahren der Freiheitseinschränkung gerichtet werden.

Trotz denkbar widriger Umstände gilt dies auch für Ausnahmesituationen wie eine Pandemie. Wie beschrieben, dominiert in einer solchen Situation die Fixierung auf das Negative, die Unsicherheit und Angst, und in der Folge der Ruf nach dem starken Staat. Doch irgendwann wird ein «Tipping Point» erreicht, an dem ein allzu aktiver, allzu teurer, allzu bevormundender Staat seinerseits Sorgen auslöst. Der Verlauf der öffentlichen Debatte beeinflusst, ob diese Sorgen früher oder später entstehen und Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Im ewigen Ringen zwischen Etatisten und Anti-Etatisten lässt sich daher den eingangs erwähnten Summen vielleicht auch etwas Positives abgewinnen: Ganz ehrlich, ist es nicht etwas beängstigend, wenn eine Regierung die unfassbar grosse Summe von 1,9 Billionen Dollar für ein «Hilfspaket» ausgibt?



Impressum

Liberales Institut
Hochstrasse 38
8044 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
institut@libinst.ch

Bei diesem Text handelt es sich um ein Kapitel, das im LI-Buch «Null-Risiko-Gesellschaft: Zwischen Sicherheitswahn und Kurzsichtigkeit» (Edition Liberales Institut, 2021, herausgegeben von Olivier Kessler und Beat Kappeler) erschienen ist.

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2022, Liberales Institut.